



Der Essener Gesamtschulskandal

Städtisches Eigentum wird privatisiert, Kinder und Eltern im Stich gelassen



Die Gesamtschulen in Essen sind marode und baufällig, wie hier die Frida-Levy-Gesamtschule im Zentrum von Essen.

„Der Zustand unseres Schulgebäudes ist für uns absolut unzumutbar. In Wänden befinden sich faustgroße Löcher. In der mutmaßlich einsturzgefährdeten Aula verbreitet sich Schimmel an den Wänden. Eine Schülerin der Oberstufe wäre im Klassenraum beinahe von einem herausfallenden Fenster getroffen worden, wenn sie nicht zufällig vorher aufgestanden wäre.“ So beschreibt eine Schülerin der Frida-Levy-Gesamtschule ihre Schule. Dieses Beispiel ist kein Einzelfall. Auch die Gesamtschule Bockmühle in Essen-Altenedorf ist baufällig. Mittlerweile gibt selbst die Stadt zu, dass man das Gebäude wahrscheinlich abreißen muss. Eine Umfrage des WDR unter Schulleitern im Jahr 2016 ergab, dass 85 Prozent der Schulen in NRW Sanierungsbedarf haben. Insgesamt geht es dabei um ca. 2,5 Milliarden Euro. Das Land NRW stellt jedoch nur 500 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Situation ist das Ergebnis des jahrelangen Kaputtsparens der Bildung auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und der Eltern.

Wo ist das Geld?

Laut Institut für Urbanistik fehlen für die Sanierung aller Schulen in Deutschland etwa 30 Milliarden Euro. Allein 2018 gibt die Bundesregierung 38,5 Milliarden Euro für Krieg und Rüstung aus. Bis 2021 sollen jährlich sogar ca. 42 Milliarden Euro ausgegeben werden. An diesen Milliarden verdienen Rüstungskonzerne wie „Thyssen Krupp“. Der Essener Konzern konnte seinen Reingewinn in 2017 auf 344 Millionen Euro steigern. Das ist fast sechsmal so viel wie im Jahr zuvor. Geld ist genug da. Es ist politischer Wille, dass es so verwendet wird und nicht gemäß den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung. Auch die Stadt Essen macht da keine Ausnahme.

Der Verkauf des alten VHS-Geländes

Die Stadt Essen hat das alte VHS-Gelände an das Unternehmen „Kölbl Kruse“ verkauft. Das Gelände liegt direkt neben der baufälligen Frida-Levy-Schule. Die Schülerinnen und Schüler der Schule hat-

ten lautstark dafür demonstriert, dort eine neue Schule zu bauen. Die Ratsfraktionen der Stadt haben sich – leider auch mit den Stimmen der Linksfraktion – anders entschieden und damit deutlich gezeigt: Der Profit eines einzigen Unternehmers ist ihnen wichtiger als die Bildung von über 1 000 Schülerinnen und Schülern. Der Unternehmer „Kölbl Kruse“ war in mehrere Spenden- und Korruptionsskandale in Duisburg und Dortmund verwickelt. Dabei wurde „Kölbl Kruse“ vorgeworfen, Parteien mit Spenden zu bestechen, damit ihnen Grundstücke verkauft werden. Kölbl Kruse wird mit dem auf dem Gelände entstehenden Bürokomplex viel Geld verdienen. Gleichzeitig sitzen die Schülerinnen und Schüler in einem Gebäude mit Schimmel, mit herausfallenden Fenstern und kaputten Stühlen. „Kölbl Kruse“ hat allerdings zugesichert, dass die Bürogebäude so gebaut werden, dass auch in Zukunft die Sonne weiter auf die Frida-Levy-Schule scheint.

Entlastung jetzt

Am Essener Uniklinikum kämpfen sie Beschäftigten um bessere Arbeitsbedingungen

Während die Bundesregierung den Rüstungsetat auf fast 30 Milliarden Euro verdoppeln möchte kämpfen die Beschäftigten im Gesundheitswesen darum, dass das Geld dort ausgegeben wird, wo es wirklich zählt: für eine gute Versorgung von Patientinnen und Patienten, für Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung.

Die Belegschaften der Unikliniken Düsseldorf und Essen haben mit ihren Streiks die Vorstände ihrer Häuser dazu gezwungen, über eine tariflich geregelte Entlastung der Beschäftigten zu verhandeln. Momentan finden die ersten Verhandlungen zwischen ver.di und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) statt, die die Verhandlungen im Auftrag der Klinikvorstände führt, bei Redaktionschluss stand noch kein Ergebnis fest. Die Streikenden zeigten sich bei einer Versammlung allerdings skeptisch, ob die Arbeitgeber in den Verhandlungen einer spürbaren Entlastung zustimmen würden. Entlastung, das haben alle in den Kliniken arbeitenden Menschen nötig. Für die Kollegin in der Telefonzentrale wäre es wichtig, dass so viele Pflegekräfte auf einer Station arbeiten, dass auch mal jemand ans Telefon gehen kann, die Reinigungskräfte brauchen Arbeitszeiten, bei



DKP: Mehr Pflegekräfte statt Panzer.

denen sie nicht 12 Tage durcharbeiten – Entlastung hört nicht bei den Pflegekräften auf.

Die DKP Essen erklärte sich in einem Schreiben solidarisch mit den Streikenden und stellte fest: „Mit dieser gesellschaftlich wichtigen Auseinandersetzung schreibt ihr Tarifgeschichte. Die Mitglieder der DKP Essen werden alles ihnen mögliche tun, um euer Anliegen mit eigener Öffentlichkeits-

arbeit, aber auch in unseren täglichen Diskussionen mit Arbeitskolleginnen und -kollegen, Nachbarn und Freunden zu verbreiten und zu unterstützen.“

Es wird Zeit, das Geld dort auszugeben, wo es wirklich gebraucht wird. Statt 800 Leopard-II-Panzer, wie sie die Bundesregierung anschaffen möchte, könnte man auch 100 000 zusätzliche Pflegekräfte finanzieren.

Der Krieg beginnt hier

In der Messe Essen plant die NATO die nächsten Kriege



Frieden sichert die Zukunft, Militär nicht.

Kriege beginnen auch in Deutschland. Er beginnt nicht nur in den Rüstungsschmieden deutscher Firmen wie „Krauss-Maffai Wegmann“ und „Rheinmetall“, die Milliarden damit verdienen Kriegswaffen in alle Welt zu exportieren, oder in Büchel, wo US-amerikanische Atomwaffen lagern und in Ramstein, von wo aus die USA unter anderem ihre Drohnenkriege steuert. Der Krieg beginnt auch in Essen.

Hunderte von hochrangigen Militärs der NATO beraten jährlich in der Messe Essen über künftige Strategien in Rüstungs- und Militärbereichen. Unter dem Titel „Im Nebel des Tages Null – Luft- und Weltraum an der Frontlinie“ werden sie dort Szenarien

zur Nutzung von Luft- und Weltraum bei Beginn eines Krieges, den die Militärs als „Stunde Null“ bezeichnen, diskutieren.

Die Messe Essen darf nicht für Kriegsplanungen genutzt werden! Wir brauchen Investitionen in Bildung, Soziales, Umwelt und Infrastruktur statt Aufrüstung für die Stunde Null! Wir fordern alle friedensbewegten Essenerinnen und Essener auf, den Appell an die Stadt Essen gegen diese Konferenzen unter www.no-natom-krieg.de zu unterzeichnen und an der Demonstration gegen diese NATO-Konferenz am 6.10.2018 um zwei vor zwölf ab Willy-Brandt-Platz, am Hauptbahnhof Essen teilzunehmen.

Flucht oder Frieden

Europa zieht die Mauern hoch und rüstet weiter auf.

Die Europäische Union (EU) hat auf ihrem letzten Gipfel vor wenigen Wochen beschlossen, dass man weiterhin in Kauf nehmen will, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken. Die "Festung Europa" wird weiter ausgebaut, um die Flüchtlinge aus den Krisengebieten

kommt bei den Regierungsparteien CDU/CSU und SPD bestenfalls in Sonntagsreden vor.

Die gnadenlose Ausbeutung der Rohstoffe und der Menschen in Afrika durch US-amerikanische und europäische Konzerne läßt vielen Menschen nur die

Deutschlands an diesen Kriegen verschlimmert die Situation.

Deutsche Unternehmen verdienen an den Kriegen, allen voran die deutsche Rüstungsindustrie. Allein das nordrhein-westfälische Rüstungsunternehmen "Rheinmetall" erwirtschaftete 2017 einen



Foto: Marina Militare

Ein überladenes Flüchtlingsboot kentert im Mittelmeer und die italienische Küstenwache schaut zu.

im Nahen Osten und aus Afrika aufzuhalten.

Innenminister Horst Seehofer (CSU) hat jetzt den "Masterplan Migration" vorgelegt. In diesem wird gefordert, dass sogenannte AnKER-Zentren, abgeschirmte Lager, gebaut und den Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen, die Flucht so schwer wie möglich gemacht werden soll.

Die Bekämpfung der Fluchtursachen

vage Hoffnung, in den Ländern, die ihr Leid verursachen, könnte es ihnen besser gehen.

Frieden in Nahost ist der entscheidene Punkt, um die Situation grundsätzlich zu verbessern. Ohne die Kriege, die die USA führen, um Einfluß, Rohstoffe und Transportwege für sich zu sichern, würde niemand aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak fliehen müssen. Die Duldung und, je nach Machtkalkül, die Teilnahme

Umsatz von 5,8 Milliarden Euro. Die Gewinne steigen immer schneller. Die Bundesregierung erhöht von Jahr zu Jahr den eigenen Rüstungsetat und senkt die Hürden für die Ausfuhr für Rüstungsgüter immer weiter - auch in Krisengebieten.

Die Antwort auf Flucht heißen nicht Lager und Abschottung. Die Antwort heißt Frieden. Der erste Schritt zum Frieden ist, wenn man abrüstet statt aufzurüsten.

Abrüsten
statt
Aufrüsten

Die DKP unterstützt die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“. Wir werden 30 000 Unterschriften sammeln und sie der Kampagne übergeben. Sie geht uns alle an:

Beschäftigte, Erwerbslose, SchülerInnen, StudentInnen, Eltern und RentnerInnen.

Sammelt bei euren KollegInnen, NachbarInnen und FreundInnen Unterschriften unter den Appell „Abrüsten statt Aufrüsten“, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Kinder wollen immer noch spielen

Fortschritte beim Spielplatz am Lattenkamp

Die Bewohner des Lattenkamps kämpfen darum, den von der Stadt abgebauten Spielplatz in ihrer Straße wieder zu bekommen. Um der Forderung nach dem Wiederaufbau in der kinderreichsten Straße Altenesses Nachdruck zu verleihen, reichte natürlich ein einziges Spielplatzfest (siehe Rotlicht 1/2018) nicht aus.

Doch zunächst staunten die „Lattenkämper“ nicht schlecht, als von Gründonnerstag auf Karfreitag plötzlich wieder Spielgeräte auf der Wiese standen. Sie glaubten zunächst, die Stadt Essen hätte ihren Protest ernst genommen und sich endlich gekümmert. Offenbar war es aber doch nur ein wohlmeinender Geist, denn die Geräte wurden „aus Sicherheitsgründen“ vom städtischen Unternehmen „Grün und Gruga“ wenige Tage später wieder entfernt. Man wolle aber das Gespräch mit den Anwohnern suchen, hieß es.

Der Sommer rückte näher, und es passierte wieder nichts. Also machten sich Eltern und Kinder am 4. Mai auf zu einer Planwagenfahrt mit Autokorso zum Rathaus. „Kommt der Spiel-



Die Kinder vom Lattenkamp wollen einen Spielplatz, aber die Stadt wartet lieber.

Foto: UZ

platz nicht zu uns, machen wir eben einen vor dem Rathaus“, so die Idee der Initiative. Mit sieben zuckeligen Kilometern pro Stunde ging es durch den Essener Norden. Unterwegs gab es

So lange will die Initiative aber nicht warten und plant bereits weitere Aktionen. Der bisherige Erfolg zeigt deutlich: Wer organisiert handelt, erreicht auch was.

viel Zuspruch durch Hupen und Winken.

Deutlich überrascht waren die Initiatoren, als sie vor dem Rathaus tatsächlich vom Oberbürgermeister erwartet wurden, der natürlich zum Spielen eingeladen wurde. Dort sagte er zu, zum Lattenkamp zu kommen, um sich vor Ort persönlich einen Eindruck zu verschaffen. Diese Zusage wurde gehalten und OB Thomas Kufen schaute am 22. Mai vorbei. Als Sofortmaßnahme wurde vorgeschlagen, ein Tor in den Zaun zum Bürgerpark einzubauen, damit vom Lattenkamp aus ein direkter Zugang möglich wird. So kämen die Kinder zumindest gefahrlos in den Park. Zudem soll es eine Neuauflage der Bedarfsanalyse aller städtischen Spielplätze geben, welche im Jahr 2014 zum Abbau des Spielplatzes führte.

Ich will...

- mehr Informationen über die DKP
- Kontakt zur DKP
- ein kostenloses Probeabo der UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP

Name:

Anschrift:

E-Mail:

Bitte senden an: DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 451247 Essen, oder besuche unsere Homepage: dkp-essen.de

20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

7. - 9. SEPTEMBER 2018, REVIERPARK WISCHLINGEN DORTMUND

KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA
KAI DEGENHARDT
KLAUS DER GEIGER
DIE GRENZGÄNGER
THE POKES ★ U.V.M.

THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST
 FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT
 DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN
 INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN



Mehr Infos: pressefest.dkp.de

unsere-zeit.de